Einzelnummer 10 Pfennig.

Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Paden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 265. | Dresden, Mittwoch den 13. November 1918. | 29. Jahrg.

Ankündigung einer Nationalversammlung.

Das Programm der Reichsleitung. — Bevorstehende Einführung des Achtstundentages. — Gleiches, geheimes, direktes und allgemeines Wahlrecht für alle Wahlen.

Wilson verspricht Ernährungshilfe.

Durch W. T.-B. geht uns folgender Aufruf des Rates der Volksbeauftragten in Berlin zur Veröffentlichung zu:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt; die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet; niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Strafverfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Leistungen.

8. Die Gesindeordnung wird außer Kraft gesetzt, insbesondere das Ausnahmegesetz gegen Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der

achtstündige Normalarbeitstag

in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 M. ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Ernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Sicherheit und Freiheit der Person schützen. Alle

Wahlen

in öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

Eine Ansprache Wilsons.

Washington, 11. November. Präsident Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und u. a. ausführte: Das Ziel dieses Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, wie wir ihn die Männer verstanden, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende.

Die Willkürmacht der Militärkaste Deutschlands,

die geheim und aus eigner Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet. Und viel mehr als das ist erreicht! Die großen Nationen, die sich verbündet haben, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgültig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, einen Frieden aufzurichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen wird, und der in Ausgleichen bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden, als selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen hat sich bereits in einer praktischen Weise bekundet. Ihre Vertreter in dem Obersten Kriegsrate zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was den Umständen nach möglich ist, geschehen soll, um sie

mit Lebensmitteln zu versorgen,

und das Elend zu erleichtern. Es sollen unmittelbar Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes der Mittelmächte sollte es alsbald möglich sein,

die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien

und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, denen sie jetzt überall entgegensehen. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben? Mit welcher Autorität werden sie uns gegenübertreten, und mit welcher Bürgschaft wird dann ihre Autorität von Dauer sein? Hier liegt ein Grund für keine geringen Sorgen und Befürchtungen. Wenn Friede geschlossen ist auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt sofort nicht befriedigt werden können. Aber die Moral ist, daß Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich ist.

Die Völker, die eben erst aus dem Joche der Willkürlichkeit herausgekommen sind und die jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangen, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden. In der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Platz unter den Nationen direkt bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und seitherigen Herren beseitigen und sie in den Stand setzen, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Absicht oder an ihrer Fähigkeit. Einige glückliche Anzeichen sind vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir unsre Unterstützung in jeder möglichen Weise zu ihrer Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird. (W. T. B.)

* * *

Auch Clemenceau will helfen.

Paris, 11. November. Clemenceau sagte in einer Ansprache an Journalisten: Deutschland habe mit seiner Kapitulation bis zur Erschöpfung gewartet und sei jetzt außerstande, seine Lebensmittelvorräte aufzufüllen. Da die Lage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum Aeußersten beistehen, da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpften.

Die Demobilisation.

An die Arbeiter- und Soldatenräte.

In Berlin ist ein

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung

(Demobilmachungsamt) von dem Rat der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Seine erste Aufgabe ist, unsren aus dem Felde heimkehrenden Brüdern auf dem Wege zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den aus der Rüstungsindustrie freiwerdenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten andre Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte! Helft der Zentralstelle! Die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlagnahmen durch Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist Verwirrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Besitzer verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in gewerblichen Betrieben, Industrie und Handel, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilmachungsorgane durch Notstandsarbeiten helfen. Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, die keinen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die nötigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfürsorge ist gesichert.

Berlin, 12. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Das Demobilmachungsamt, Leiter Dr. Koeth, ist vom Arbeiter- und Soldatenrat besetzt. Die Demobilmachungskommissare im Reich arbeiten von heute an im Auftrage und Interesse des Arbeiter- und Soldatenrats. Die Arbeiter- und Soldatenräte im Reiche haben den Anweisungen der Kommissare Folge zu leisten.

Ein Aufruf an die Landbevölkerung.

Berlin, 12. November. In einem Aufrufe an die deutsche Landbevölkerung fordert die neue deutsche Reichsregierung alle Schichten der ländlichen Bevölkerung auf zu gemeinsamer, freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen. Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das durchaus Notwendige zu beschränken. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige, selbstgeschaffene Orts- und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, um so weniger wird es zu zwangsweisem Eingreifen kommen.

Die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen ist das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande.

Dieser Zusammenhänge möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Die berufenen Organisationen der deutschen Landwirtschaft haben sich bereits mit der freiwilligen Organisation von Bauernräten an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewandt und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Ein Erlaß Hindenburgs.

Berlin, 12. November. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an die deutsche Armee nachstehenden Erlaß gerichtet:

An die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage habt ihr unsre Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung hat die Armee Gewaltiges vollbracht. In siegreichen Angriffsschlachten und zäher Abwehr, in hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unsren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt.

Bei der wachsenden Zahl unsrer Gegner, bei dem Zusammenbruche der uns bis ans Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftssorgen hat sich unsre Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsre Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft.

Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat — unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall niemals im Stiche gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181113/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG